



GdP-Newsletter 01_2008

Der Landesvorstand der GdP Hamburg
Gewerkschaft der Polizei, Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg, Tel. 28 08 96-0,
mail: gdp-hamburg@gdp-online.de, Hamburg den 18.02.08

In diesem Newsletter:

- GdP klärt auf!
- Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008

Die GdP klärt auf!

Fakten:

- *Gegen die zu langen Verweilzeiten im LVM **kämpft aktiv nur** die GdP!*
- *Die GdP **klagt nicht** gegen das LVM! (und das geht rechtlich auch nicht!)*
- *Wir begrüßen **ausdrücklich** die **Verbesserungen in der Beförderungssituation**, haben aber verfassungsrechtliche Bedenken gegen Elemente im System.*
- *Und: über **1000** Ernennungen zu PK, PHM und POM stehen unmittelbar bevor und sind **nicht** gestoppt!*

Unter reger Teilnahme fast 100 interessierter KollegInnen konnte die GdP im Rahmen einer Infoveranstaltung zum Thema LVM am 13.02.2008 im Wirtschaftsgebäude der LBP die Probleme des LVM aufzeigen, die von anderen Berufsvertretungen möglicherweise gezielt verschwiegen werden.

Am gestrigen Abend wurde deutlich gemacht, dass die GdP **nicht** gegen das LVM **klagt**. Davon abgesehen, dass dies grundsätzlich nicht möglich ist, wurde darüber aufgeklärt, dass sich die Widersprüche und Anträge zum Verwaltungsgericht bislang nur auf die zu langen Verweilzeiten in der Richtlinie-LVM erstrecken. Dass diese Verweilzeiten zu lang sind, ist ja ganz offensichtlich auch Konsens unter den verschiedenen Gewerkschaften, aber nur die GdP macht etwas dagegen.

Es ist nicht möglich das LVM „abstrakt“ zu beklagen oder dieses als Ganzes zu Fall zu bringen. Die positiven Effekte des LVM, wie sie auch schon aus anderen Hebungsprogrammen wie „P 2000“ bekannt sind, bleiben auf jeden Fall erhalten.

Dass der einzelne Beamte sieben, acht oder sogar neun Jahre auf seine Beförderung warten soll **ist** nicht nur **ungerecht** sondern auch **verfassungswidrig**.

Das noch zu erstellende sog. „Leistungsträgerfindungsverfahren“ wird nur für einige wenige Kollegen eine Verbesserung bringen und die verfassungswidrigen Verweilzeiten nicht „retten“.

Der Landesbezirksvorstand

Hamburg, den 14.02.08



GdP-Newsletter 01_2008

Der Landesvorstand der GdP Hamburg
Gewerkschaft der Polizei, Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg, Tel. 28 08 96-0,
mail: gdp-hamburg@gdp-online.de, Hamburg den 18.02.08

In diesem Newsletter:

- **GdP klärt auf!**
- **Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008**

GdP: Nachgefragt zur Bürgerschaftswahl 2008

Gerade vor Wahlen ist es angezeigt, die Positionen der Parteien zu Entwicklungen in der Polizei festzustellen. Neben den Möglichkeiten, in den Wahlprogrammen oder im direkten Kontakt mit den Fraktionen Positionen zu erkennen, hat die GdP Hamburg mit einigen Fragen versucht, den Fraktionen der CDU, SPD und dem Bündnis 90/DIE GRÜNEN GAL Hamburg mit aktuellen Fragen die Möglichkeit zu geben, ihren Standpunkt zu verdeutlichen. Im Folgenden wurde eine Zusammenfassung der Antworten erstellt. Das Messen an diesen Positionen wird nach der Bürgerschaftswahl 2008 auch Aufgabe der GdP Hamburg sein.

1. Personalentwicklungen in der Polizei Hamburg

Welche Maßnahmen werden zukünftig ergriffen, um die Attraktivität des Polizeiberufes in Hamburg zu steigern?

CDU-Fraktion

Der Beruf eines Polizisten oder einer Polizistin ist von vornherein attraktiv – natürlich nicht für jeden. Aber auf viele Menschen übt die Möglichkeit, wirklich etwas zu bewirken, großen Reiz aus. Nicht nur hinterm Schreibtisch sitzen, stattdessen mit vielem an einem Strang für das Wohl aller Hamburgerinnen und Hamburger zu ziehen, sich spannenden Herausforderungen zu stellen. Die Attraktivität zeigt sich auch in der weiterhin hohen Anzahl von Bewerbern. Ein Plus erscheint mir auch, dass die Hamburger Polizei in den letzten Jahren extrem erfolgreiche Arbeit abgeliefert hat und in der Gesellschaft großen Rückhalt hat. Verschiedene Einzelmaßnahmen haben dazu beigetragen, diese Attraktivität zu erhalten und zu steigern - von den Personalverstärkungen seit 2001 über die Ausstattung der Dienstgebäude (PK-Programm), modernere Technik, zeitgemäße Uniformen bis hin zu Strukturverbesserungen und dem jetzt beschlossenen Laufbahnverlaufmodell. Zu nennen sind überdies vielleicht die gesetzlichen Neuregelungen, die den Polizeibeamten auch künftig erfolgreiches Arbeiten ermöglichen. Auch künftig wird es entscheidend darauf ankommen, die Rahmenbedingungen für die Polizeiarbeit in diesem Sinne attraktiv zu erhalten. Dazu trägt die eindeutige politische Unterstützung der Polizeiarbeit, eine adäquate Ausstattung, eine gute Aus- und Fortbildung, die Weiterentwicklung auch des rechtlichen „Handwerkzeuges“ wie auch eine angemessene Besoldungsstruktur bei.

SPD-Fraktion :

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen insbesondere den Fehler des CDU-Senats korrigieren und zur Alimentierung sämtlicher



GdP-Newsletter 01_2008

Der Landesvorstand der GdP Hamburg
Gewerkschaft der Polizei, Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg, Tel. 28 08 96-0,
mail: gdp-hamburg@gdp-online.de, Hamburg den 18.02.08

In diesem Newsletter:

- GdP klärt auf!
- Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008

Nachwuchskräfte der Polizei vom ersten Tag an zurückkehren – so wie es bei allen anderen Beamtengruppen auch gehandhabt wird.

Zudem glauben wir, dass der Dialog mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurde. Die Einbindung der Beschäftigten trägt nicht nur zu deren Zufriedenheit, sondern vor allem auch zur Qualität von Entscheidungen bei.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN GAL Hamburg:

Der Polizeiberuf stellt hohe Anforderungen an Engagement, Motivation und Kompetenz und wird auch zukünftig kein unattraktiver Arbeitsplatz sein. In der absehbaren Konkurrenz um fachlich qualifizierte Leute muss die Polizei die beruflichen Aufstiegsperspektiven verbessern und darf sich auch materiell nicht von der allgemeinen Entwicklung abkoppeln.

Die erreichbare Qualität bei Einstellungen hängt auch von der Qualität des Bildungssystems ab. Hier hat die GAL umfassende Reformvorstellungen vorgelegt, um der Verschwendung von Talenten entgegen zu wirken. Wir halten wir es für besonders wichtig, dass mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund eine Ausbildung bei der Polizei beginnen.

Welche Position beziehen Sie zum neu eingeführten, funktionsorientierten Laufbahnverlaufmodell?

CDU-Fraktion

Mit dem neu eingeführten funktionsorientierten Laufbahnverlaufmodell haben die Polizeibeamten ein modernes und verlässlich planbares berufliches Entwicklungsmodell erhalten, das klare Rahmenbedingungen schafft und wesentlich dazu beiträgt, den Polizeiberuf auch in der Zukunft attraktiv zu erhalten und die Berufszufriedenheit der Polizeibeamten zu gewährleisten. Dass die erheblichen Mittel hierfür in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte zur Verfügung gestellt wurden, verdeutlicht, dass der besonderen beruflichen Situation des Polizeidienstes hier besonders Rechnung getragen wurde.

SPD-Fraktion:

Wir begrüßen, dass jetzt – auch auf Druck der Personalvertretungen und der Bürgerschaft – eine Regelung gefunden wurde und werden ihre Umsetzung aufmerksam beobachten. Wir bedauern, dass der CDU-Senat das Ziel einer zweigeteilten Laufbahn offenbar komplett aufgegeben hat. Insofern bleibt das Thema der Aufstiegs- und Förderungsperspektiven für die einzelnen Beamtinnen und Beamten auch in der kommenden Wahlperiode ganz oben auf der Tagesordnung – im engen Dialog mit den Gewerkschaften.



GdP-Newsletter 01_2008

Der Landesvorstand der GdP Hamburg
Gewerkschaft der Polizei, Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg, Tel. 28 08 96-0,
mail: gdp-hamburg@gdp-online.de, Hamburg den 18.02.08

In diesem Newsletter:

- GdP klärt auf!
- Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008

Bündnis 90/DIE GRÜNEN GAL Hamburg

Wir haben Zweifel, ob die mit dem Senatsmodell gemachten Versprechungen Realität werden. Insbesondere ob die neu eingeführten Funktionskreise der praktischen Realität in der Polizeiarbeit entsprechen und zu einer gerechten Bewertung der Leistung beitragen und zu einer Verbesserung der Karriereperspektiven führen. Die hierzu vom Senat vorgelegten Erklärungen blieben bisher noch lückenhaft. Mit den Gewerkschaften, die das Laufbahnverlaufsmodell ja unterschiedlich bewerten, wollen wir die Konstruktion und die ersten Erfahrungen der Umsetzung intensiv diskutieren. Aus unserer Sicht stehen aktuell weder weitere Einsparungen noch ein Aufstocken der Stellenzahl der Polizei an. Die Polizei braucht aber alle Unterstützung darin, das vorhandene Personal effektiv zu nutzen. Entscheidend hierfür ist eine gute Ausbildung und Flexibilität in der internen Struktur, die es erlaubt, auf neue Herausforderungen schnell zu reagieren. Hier dürfen fachliche Notwendigkeiten nicht von Besitzstandsdenken blockiert werden.

Wie soll die Polizei Hamburg zukünftig personell ausgestattet werden?

CDU-Fraktion

Die Polizei ist seit 2002 personell wieder deutlich verstärkt worden. Die Polizei wird weiterhin rund 700 Mitarbeiter mehr haben als noch 2001. Der dann erreichte Personalbestand ist derzeit als ausreichend aber auch notwendig für die Gewährleistung der Sicherheit in Hamburg anzusehen. Neue Herausforderungen können aber weitere Aufstockungen erforderlich machen.

SPD-Fraktion:

Der CDU-Senat hat 151 Stellen im Vollzugsdienst abgebaut und die Zahl der Neueinstellungen in den vergangenen drei Jahren um fast 400 reduziert – das war falsch. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden dafür sorgen, dass sich Pensionierungen und Neueinstellungen bei der Polizei die Waage halten: Für jeden zu pensionierenden Beamten soll drei Jahre zuvor eine junge Polizistin oder ein junger Polizist eingestellt werden. Lücken im Bereich der Angestellten im Polizeidienst, unter denen die gesamte Polizei zu leiden hat, sind möglichst zu vermeiden und zügig zu schließen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN GAL Hamburg

Die gestiegenen Anforderungen an Polizeibeamte/innen müssen sich auch in einer Ausbildung niederschlagen. Von Polizeibeamten/innen erwarten wir



GdP-Newsletter 01_2008

Der Landesvorstand der GdP Hamburg
Gewerkschaft der Polizei, Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg, Tel. 28 08 96-0,
mail: gdp-hamburg@gdp-online.de, Hamburg den 18.02.08

In diesem Newsletter:

- GdP klärt auf!
- Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008

nicht nur die Durchsetzung von Gesetzen, sondern zunehmend Expertenwissen bei der Verfolgung von Straftaten und soziale (und interkulturelle) Kompetenz im Umgang mit den Bürger/innen, vor allen in den schwierigen Fragen der Prävention und Deeskalation.

Das neue Konzept der Hochschule der Polizei lehnen wir ab, weil sie als Minihochschule den wissenschaftlichen Anspruch nicht einlösen kann und wissenschaftliche Freiheit durch die Einflussnahme der Innenbehörde nicht gewährleistet ist. Auch die Zusammenarbeit mit dem privaten Sicherheitsgewerbe halten wir in diesem Zusammenhang für problematisch (Gewaltmonopol).

Durch die fehlende finanzielle Unterstützung der Ausbildung an der Hochschule der Polizei ist ungeklärt, wie sich qualifizierte Polizisten/innen ohne die Sicherung ihrer Existenzgrundlage fortbilden sollen. Da wir aber die Durchlässigkeit der Laufbahnen wollen, damit qualifizierte Kollegen/innen den Aufstieg schaffen können, halten wir das für eine falsche Weichenstellung, die korrigiert werden muss. Für dieses Problem wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Lösung finden.

Wie sieht ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Ausbildung von Polizeibeamten aus?

CDU-Fraktion

Ein schlüssiges Gesamtkonzept berücksichtigt sowohl die gemeinsamen, verbindenden Aufgaben in allen Polizeibereichen als auch die notwendigen Aufgaben- und damit Kenntnisdifferenzierungen. Sie muss schnell und präzise auf veränderte Rahmenbedingungen auf technischem, rechtlichem und gesellschaftlichem Gebiet reagieren.

SPD-Fraktion:

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht ein Festhalten an der schlecht geplanten und schlecht gestarteten Hochschule der Polizei (deren Errichtung wir in der Bürgerschaft abgelehnt haben) ausdrücklich in Frage. Ein Gesamtkonzept für die Polizeiarbeit ist jedoch mit allen Beteiligten gemeinsam zu entwickeln.

Entscheidende Eckpunkte sind dabei für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Ziel und Maßstab jeder Überlegung hat eine qualitativ anspruchsvolle Ausbildung zu sein.

Theorie und Praxis sind sorgfältig zu vermitteln und sinnvoll zu verzahnen. Die Ausbildung muss den Beamtinnen und Beamten die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten handlungsorientiert vermitteln, im Laufbahnabschnitt II ist die nötige Balance zwischen Praxisbezug und Wissenschaftlichkeit herzustellen.

Die Zusammenarbeit mit anderen norddeutschen Ländern und Kooperationen der Hamburger Ausbildungsstätten sind anzustreben; Minihochschulen haben sich als ineffizient erwiesen.



GdP-Newsletter 01_2008

Der Landesvorstand der GdP Hamburg
Gewerkschaft der Polizei, Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg, Tel. 28 08 96-0,
mail: gdp-hamburg@gdp-online.de, Hamburg den 18.02.08

In diesem Newsletter:

- GdP klärt auf!
· Parteien zur
Bürgerschafts-
wahl 2008

Bündnis 90/DIE GRÜNEN GAL Hamburg

Wir setzen auf eine bürgernahe Polizeiarbeit, die stärker vor Ort präsent sein muss. Strukturveränderungen, die zu einer Ausdünnung des Personals führen, lehnen wir ab. Das gilt insbesondere in Quartieren mit einer hohen Kriminalitätsbelastung, wo die unmittelbare Ansprechbarkeit der Polizei für alle Bürger/innen ein wesentlicher Baustein für die Prävention ist.

2. Polizeiarbeit vor Ort

Wie bewerten Sie die Strukturveränderungen auf örtlicher Ebene sowie die Entwicklungen hinsichtlich der Zusammenlegung und damit der Vergrößerung der jeweiligen PK-Gebiete?

CDU-Fraktion

Die Präsenz der Polizei vor Ort ist ein wichtiges Anliegen. Deshalb halten wir auch ein engmaschiges Netz von Polizeidienststellen in Hamburg weiterhin für notwendig. Genauso wichtig ist es aber, dass das Personal der Polizeikommissariate möglichst für die eigentliche Arbeit „auf der Straße“ eingesetzt werden kann. Deshalb kann die Konzentration von Polizeikommissariaten sinnvoll sein. Sie muss aber im Einzelfall aufgrund der Situation vor Ort sehr genau geprüft werden.

SPD-Fraktion :

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben seit 2001 dazugelernt. Auf die Idee des CDU-Senats, vier Polizeikommissariate in Hamburg zu schließen, wären wir nie gekommen. Es macht aber keinen Sinn, die Polizei auch in den kommenden Jahren von einer Organisationsreform in die nächste Umstrukturierung zu jagen; wir wollen daher zunächst Erfahrungen mit den neuen Strukturen machen. Dabei gilt es, die Auswirkungen der Einsparungsentscheidung für die Polizeipräsenz und für die Effektivität der Polizeiarbeit abzumildern – was nicht zuletzt dadurch erschwert wird, dass die personelle Verstärkung der Polizei an den Polizeikommissariaten im Grunde vorbeigegangen ist. Nach einiger Zeit werden die Erfahrungen sorgfältig auszuwerten sein. Dann ist auch zu überprüfen, ob die PK-Gebiete sinnvoll gestaltet sind und sämtliche Stadtteile mit der reduzierten Zahl von PKs dauerhaft ausreichend versorgt werden können.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN GAL Hamburg

Wir setzen auf eine bürgernahe Polizeiarbeit, die stärker vor Ort präsent sein muss. Strukturveränderungen, die zu einer Ausdünnung des Personals



GdP-Newsletter 01_2008

Der Landesvorstand der GdP Hamburg
Gewerkschaft der Polizei, Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg, Tel. 28 08 96-0,
mail: gdp-hamburg@gdp-online.de, Hamburg den 18.02.08

In diesem Newsletter:

- GdP klärt auf!
- Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008

führen, lehnen wir ab. Das gilt insbesondere in Quartieren mit einer hohen Kriminalitätsbelastung, wo die unmittelbare Ansprechbarkeit der Polizei für alle Bürger/innen ein wesentlicher Baustein für die Prävention ist.

Welche weiteren Maßnahmen müssen ergriffen werden, um Jugendgewalt sowie der zunehmenden Einbruchskriminalität zu begegnen?

CDU-Fraktion

Zunächst danke ich für die präzise Formulierung – die Jugendgewalt steigt nämlich nicht, während bei den Einbruchsdiebstählen im letzten Jahr ein Anstieg zu verzeichnen war – zumindest in den ersten drei Quartalen. Zur Bekämpfung der Jugendgewaltkriminalität gibt es bereits eine Reihe von Maßnahmen, die in Hamburg betrieben werden, voran das aktuelle sog. 9-Säulen-Modell mit präventiven und repressiven Maßnahmen, die mit strukturellen und individuellen Hilfen, Unterstützung, Intervention und Sanktion besonders auffällige bzw. delinquente Kinder und Jugendliche erreichen sollen. Dabei legen wir Wert auf die Feststellung, dass dieses Konzept im Zusammenhang zu sehen ist mit einer Reihe weiterer Konzepte, die in Hamburg zur Hilfe und Unterstützung auch für Kinder und Jugendliche bereits getroffen wurden und werden, wie z.B. „Hamburg schützt seine Kinder“ und das Integrationskonzept des Senats für Zuwanderer. Zu unterstützen sind auch die aktuell angeregten Maßnahmen im Jugendstrafrechtsbereich wie z. B. der Warnschussarrest oder dass die Anwendung von Erwachsenenstrafrecht für Heranwachsende wieder zum Regelfall wird, wie es in der Wiesbadener Erklärung des CDU-Bundesvorstandes beschlossen wurde und mit denen den Jugendrichtern weitere Möglichkeiten im Umgang mit delinquenten Jugendlichen eingeräumt werden sollen.

Die Einbruchskriminalität ist in den letzten Jahren von 2001 bis 2006 deutlich zurückgegangen, dies trifft insbesondere auf den besonders wichtigen Wohnungseinbruch zu. Worauf der Anstieg im letzten Jahr beruht, muss sorgfältig evaluiert werden. Aber schon jetzt steht fest, dass es weiterhin auf technische Prävention, auf die „Erziehung“ der Bevölkerung und die Ausschöpfung der kriminalistischen Möglichkeiten ankommen wird.

SPD-Fraktion :

Trotz offenbar erheblicher Anstrengungen ist es bisher nicht gelungen, die im Bundesvergleich nur mäßige Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruchdiebstahl nachhaltig zu steigern. Die dünner werdende Personaldecke bei unserer Polizei macht sich gerade auch in diesem Deliktsfeld bemerkbar. Solange die Auswertung von DNA-Spuren viele Monate in Anspruch nimmt, macht die flächendeckende Sammlung dieser Daten nur mäßig Sinn. Gleichwohl ist die Erweiterung des



GdP-Newsletter 01_2008

Der Landesvorstand der GdP Hamburg
Gewerkschaft der Polizei, Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg, Tel. 28 08 96-0,
mail: gdp-hamburg@gdp-online.de, Hamburg den 18.02.08

In diesem Newsletter:

- GdP klärt auf!
- Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008

Maßnahmenkonzept in diesem Bereich eher eine polizeiliche denn eine politische Fragestellung

Bei der Bekämpfung der Jugendgewalt macht die Polizei fraglos einen guten Job, Defizite sehen wir eher im präventiven Bereich und bei der Schnelligkeit und Effektivität der justiziellen Reaktion. Für uns muss gleichermaßen hart gegen die Erscheinungsformen, wie gegen die Ursachen von Jugendgewalt vorgegangen werden. Abgesehen von Fahrverbot als Regelstrafe und eben nicht nur bei Verkehrsverfehlungen halten wir die rechtlichen Instrumente im Prinzip für ausreichend – es besteht mehr ein Vollzugs- denn ein Gesetzesdefizit.

Wir setzen auf eine möglichst weitgehende Entwaffnung der Stadt: Gewalt eskaliert nicht zuletzt dort, wo Waffen verfügbar sind. Auch die Bekämpfung des übermäßigen Alkoholkonsums ist ein wichtiger Schlüssel – jeder dritte Gewalttäter agiert unter Alkoholeinfluss, bei den Übergriffsdelikten sind es sogar zwei Drittel. Die beabsichtigte Ausdehnung der polizeilichen Präventionsunterrichte unterstützen wir. Zudem halten es für notwendig, die Aufgaben der polizeilichen Ansprechpartner an den Schulen (Cop4U) von denen der übrigen Bürgernahen Beamten zu trennen, damit die Polizeibeamten beiden Aufgabenbereichen besser gerecht werden können. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe wollen wir durch Häuser des Jugendrechts noch reibungsloser gestalten, damit die Reaktion auf Straftaten junger Menschen nicht durch Abstimmungsprobleme beeinträchtigt wird.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN GAL Hamburg

Der Anstieg der Jugendgewalt bringt den CDU-Senat in Erklärungsnot, weil man bei diesem komplexen Thema mit Symbolpolitik der harten Hand nicht weiterkommt. Im Gegenteil, die geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße ist gescheitert, Stellenstreichungen im Sozialbereich haben die Situation verschärft, und die falsche Statistik über die Haftstrafen jugendlicher Täter war ein Täuschungsmanöver.

Die Hamburger Justiz muss so ausgestattet werden, dass einer Tat schnell das Urteil folgt, damit der Zusammenhang von Tat und Strafe spürbar bleibt. Das Jugendstrafrecht ermöglicht angemessene Reaktionen auf Gewalt, es muss nur konsequent angewandt werden.

Die drängende Frage bleibt, wie Gewalt gerade junger Männer verhindert werden kann. Die GAL setzt auf eine Präventionsoffensive: Familienzentren beraten Eltern; bessere Lernchancen in Kita und Schule; Arbeit mit Jungen, um die Verknüpfung von Männlichkeit mit Dominanz und Aggressivität aufzubrechen; Jugendzentren im Stadtteil und mobile Jugendarbeit; engere Zusammenarbeit von Justiz und Jugendhilfe; mehr Täter-Opfer-Ausgleich; intensive ambulante Betreuung von auffälligen Jugendlichen zur Wiederaufbau stabiler Strukturen im Alltag; Waffenverbot in der ganzen Stadt; Antikonfliktteams an Brennpunkten. Entscheidend ist, ein Netzwerk verlässlicher Maßnahmen zu schaffen, das die Jugendlichen längerfristig begleitet.